

## **Feinde im Inneren: Politischer Extremismus in vereinigten Deutschland**

Harald Schoen / Siegfried Bühler

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.  
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

### **1. Einführung**

Anfang der neunziger Jahre machte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seinem Buch „The End of History and the Last Man“ einige Furore in der wissenschaftlichen und in der politisch interessierten Öffentlichkeit. Aufsehen erregte nicht nur seine Pointe, den Untergang des Marxismus mit dessen dialektischen Mitteln zu begründen. Vielmehr löste auch seine Behauptung, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei der liberalen Demokratie als gesellschaftlichem Ordnungsmodell der letzte Widersacher verlorengegangen, weshalb sie nun alternativlos sei, etliche Diskussionen aus. Mit Blick auf Deutschland bedeutete sie nicht zuletzt, dass die liberale Demokratie nicht nur in Westdeutschland nach 1945 das nationalsozialistische Regime und in Ostdeutschland 1989/90 das sozialistische DDR-Regime abgelöst hatte, sondern dass in Zukunft nicht mit ernsthaften Gefährdungen der Demokratie in Deutschland zu rechnen gewesen wäre.

Das Ende des politischen Extremismus in Deutschland wäre damit besiegelt gewesen. Denn die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Spielregeln und Werte ist, so führende Extremismusforscher, das kennzeichnende Merkmal extremistischer Ideologien und Bestrebungen (vgl. dazu Backes/Jesse 1996). Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen Demokratie gehört die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunft und anderen Eigenschaften. Das Prinzip der Freiheit umfasst das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit und begründet etwa Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit. Unmittelbar damit zusammen hängt die Rechtsstaatlichkeit. Sie bindet staatliche Gewalt an Recht und Gesetz und eröffnet dem Einzelnen die Möglichkeit, gegen staatliche Eingriffe den Rechtsweg zu beschreiten. Es gibt ein System der Gewaltenteilung, in dem sich Exekutive, Legislative und Judikative wechselseitig kontrollieren. Im demokratischen Verfassungsstaat wird Herrschaft auf Zeit zugewiesen, und die Amtsträger müssen direkt oder wenigstens mittelbar vom Volk legitimiert sein. Schließlich geht man in der liberalen Demokratie davon aus, dass kein inhaltlich festgelegtes Allgemeinwohl vorgegeben ist, sondern es immer wieder von neuem im demokratischen Wettbewerb bestimmt werden muss.

Der demokratische Verfassungsstaat sieht sich in Deutschland unterschiedlichen extremistischen Herausforderungen gegenüber (vgl. etwa Kailitz 2004). Traditionelle Gegner sind Rechts- und Linksextremismus, eine neuere Erscheinung ist der islamische Fundamentalismus. Er lehnt die Trennung von Staat und Kirche ab und tritt für eine theokratische Herrschaft ein. Entscheidungen sollen demnach nicht auf demokratischem Wege zustande kommen, vielmehr ist vorgesehen, dass dafür geeignete Personen auf der Grundlage religiöser Schriften die richtigen Entscheidungen treffen. Auch wird religiöse Vielfalt abgelehnt, weshalb Anders- und Ungläubige mit Unterdrückung zu rechnen haben. Das Gleichheitsprinzip wird auch insofern verletzt, als etwa Frauen mindere Rechte zugesprochen werden.

Linksextremistische Ideologien räumen dem Gleichheitsgrundsatz einen hohen Stellenwert ein. Sie streben eine sozial homogene Gemeinschaft an und fordern daher, das Privateigentum abzuschaffen. Der Vorrang der Gleichheit geht auf Kosten gesellschaftlicher Vielfalt, individueller Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit. In der Spielart des Kommunismus stehen die Gegnerschaft zur Marktwirtschaft, zum „Kapitalismus“ im Vordergrund und die Forderung, der Arbeiterklasse alle Macht zu verleihen. Während der Kommunismus die Diktatur der Arbeiterklasse anstrebt, lehnt der Anarchismus jede Form von Staatlichkeit ab und fordert die Abschaffung aller Machtstrukturen.

Rechtsextremistische Ideologien lehnen gesellschaftliche Vielfalt und das Gleichheitsprinzip ab. Ihr Ziel ist ethnische Homogenität. Ausländern und Bürgern ausländischer Abstammung werden nur eingeschränkte oder überhaupt keine Rechte zugebilligt, in einigen Fällen wird auch versucht, diese Gruppen aus dem eigenen Land zu entfernen. Innerhalb des Rechtsextremismus sind nationalistische von rassistischen Tendenzen zu unterscheiden. Erstere zielen darauf ab, Interessen der eigenen Nation ohne Rücksicht auf andere durchzusetzen und die eigene Nation ethnisch homogen zu machen. Rassismus stützt die Unterdrückung anderer Menschen auf die Vorstellung, dass Menschen der eigenen Rasse höherwertig seien als solche anderer Rassen, weshalb letztere diskriminiert werden dürften. In der Variante des Ethnopluralismus wird die Annahme unterschiedlicher Wertigkeit aufgegeben, doch wird die Vermischung verschiedener Völker als Übel betrachtet, weshalb Zuwanderung abzulehnen sei und Ausländer das Land verlassen müssten. Rechtsextremisten lehnen die liberale Demokratie als gesellschaftliches Ordnungsprinzip ab und verfechten stattdessen das Führerprinzip.

Zu Ende gedacht und in die Tat umgesetzt, führte jede dieser extremistischen Ideologien zum Untergang der freiheitlichen Demokratie. Sie bilden daher eine potentielle Gefahr für die

freiheitlich demokratische Ordnung, wie wir sie in der Bundesrepublik kennen. Diese Gefahr wächst mit der Verbreitung extremistischer Vorstellungen in der Bevölkerung. Wir werden daher im Folgenden einen Überblick darüber geben, wie verbreitet extremistisches Denken und Handeln im vereinten Deutschland seit der Wiedervereinigung sind. Wir werden uns dabei auf Links- und Rechtsextremismus konzentrieren und nicht näher auf den islamischen Fundamentalismus eingehen. Damit wollen wir diese Form des Extremismus, man denke etwa an den so genannten „Kalifen von Köln“ oder an islamistische „Schläfer“, keineswegs verharmlosen. Vielmehr liegen zu wenige Informationen vor, als dass sich ähnlich detaillierte und abgesicherte Aussagen wie über Links- und Rechtsextremismus treffen ließen.

Nach der Wiedervereinigung stimmten nicht alle Beobachter mit Fukuyamas optimistischer Prognose überein. Im Gegenteil, manche sahen ernsthafte Herausforderungen auf die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zukommen. In der alten Bundesrepublik hatten rechtsextreme Parteien bei Wahlen lange Zeit eine vernachlässigbare Rolle gespielt, doch konnten Ende der achtziger Jahre DVU und „Die Republikaner“ Achtungserfolge erzielen und sogar in Parlamente einziehen. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen oder gar noch verstärken? Die neuen Bundesbürger schienen gegen rechtsextreme Versuchungen gut gefeit oder gar immun, hatten sie doch in einem offiziell antifaschistischen Staat gelebt, der sich Internationalismus und Völkerverständigung verschrieben hatte. Freilich gelangten mit der Zeit immer wieder Berichte über Skinheads in der DDR an die Öffentlichkeit. Auch schienen nicht alle einfachen Bürger die sozialistische Völkerfreundschaft im Alltag ernstzunehmen, blickten doch manche auf vietnamesische Arbeitskräfte herab und bezeichneten ihre östlichen Nachbarn abfällig als „Polacken“. Würde sich das ändern, wenn sie dank der neugewonnenen Freiheit häufiger Kontakt mit anderen Völkern haben würden? Würden die Deutschen insgesamt nach der Wiedervereinigung in einen nationalen Taumel fallen und, kaum, dass sie die Souveränität wiedererlangt hatten, rücksichtslose und aggressive Außenpolitik betreiben? Sollten Reichskriegsflaggen, die in der Nacht zum 3. Oktober 1990 vor dem Brandenburger Tor geschwenkt wurden, Vorboten einer neuen Zeit, eines „Vierten Reiches“ sein, wie es etwa einige Stimmen in Großbritannien fürchteten?

Linksextreme Kräfte hatten in der Bundesrepublik bei Wahlen bereits lange Zeit praktisch keine nennenswerte Rolle mehr gespielt. Ebenso lag die Hochphase des RAF-Terrorismus gut ein Jahrzehnt zurück. Doch hatten die Linksterroristen erst am 30. November 1989 Alfred Herrhausen, den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, ermordet. Sie hatten damit ihre Gefährlichkeit erneut unter Beweis gestellt, ohne damit jedoch auf wesentliche Unterstützung in der Bevölkerung gestoßen zu sein. Eine weitere Herausforderung von links konnte

unmittelbar aus der Wiedervereinigung resultieren: Die DDR war als sowjetischer Satellitenstaat in bewusster Gegnerschaft zur Bundesrepublik gegründet worden und hatte das Ziel verfolgt, den Staat des „Klassenfeindes“ zu diskreditieren, zu unterwandern und im Systemwettbewerb zu besiegen. Nach dem Ende der SED-Herrschaft hatte sich die offizielle Haltung der DDR zur Bundesrepublik grundlegend geändert. Doch lebten die Menschen, die den westdeutschen Staat aktiv bekämpft hatten oder zumindest antiwestlicher Propaganda ausgesetzt gewesen waren, nun in der Bundesrepublik. Würde es gelingen, sie zu integrieren? Wie würden ehemalige Funktionsträger reagieren, wenn ihnen Positionen und Privilegien genommen würden?

Im Folgenden werden wir darstellen, wie sich der Extremismus in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung vor gut 15 Jahren tatsächlich entwickelt hat. Dabei gehen wir zunächst auf politische Handlungen, Gewalttaten und Wahlverhalten, und anschließend auf extremistische Orientierungen ein.

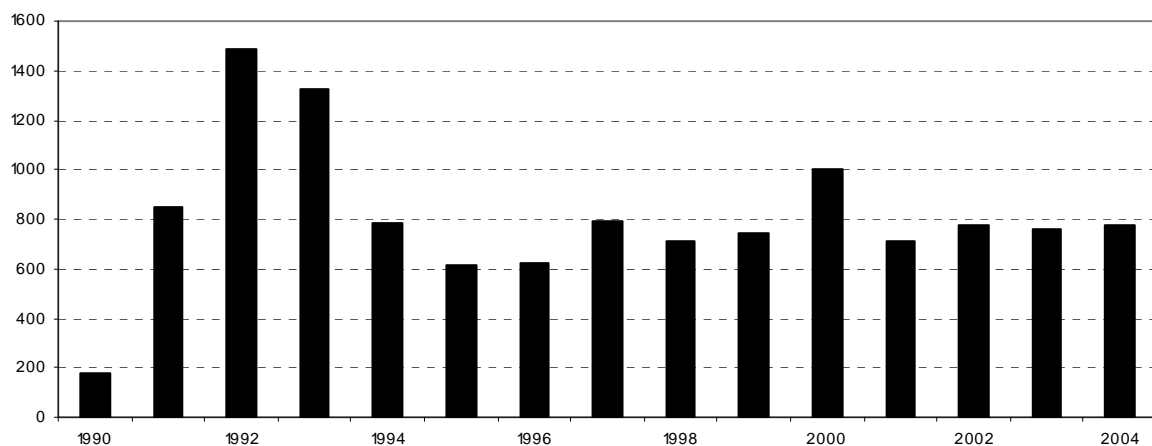
## **2. Extremistische Gewalttaten**

Bald nach der Vereinigung machten spektakuläre ausländerfeindliche Gewalttaten Schlagzeilen. Am meisten Aufsehen erregten zunächst 1991 tagelange Krawalle und Übergriffe auf Ausländer im sächsischen Hoyerswerda, gefolgt von viertägigen, gewalttätigen Ausschreitungen vor der und gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Nur wenige Monate später fielen im schleswig-holsteinischen Mölln zwei türkische Mädchen und ihre Großmutter fremdenfeindlich motivierten Brandanschlägen zum Opfer, ebenso wie im Mai 1993 drei türkische Mädchen und zwei türkische Frauen im nordrhein-westfälischen Solingen.

Diese Ereignisse, die ein enormes Medienecho fanden, öffentliche Empörung auslösten und zu so genannten Lichterketten und anderen Demonstrationen führten, bilden nur die Spitze des Eisbergs rechtsextremistischer Gewalttaten. Ihr gesamtes Ausmaß lässt sich auf der Basis der regelmäßig vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Verfassungsschutzberichte besser abschätzen (vgl. dazu Kailitz 2004). Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, stieg in Gesamtdeutschland direkt nach der Wiedervereinigung die Zahl der registrierten, als rechtsextremistisch eingestuften Gewalttaten sprunghaft an: Waren 1990, wie auch in den achtziger Jahren, rund 200 Delikte erfasst worden, fanden sich 1991 bereits rund 800 Taten in der Statistik, 1992 und 1993 waren es sogar deutlich über eintausend. Ein Teil des dramatischen Anstiegs ist dadurch zu erklären, dass nach der Wiedervereinigung auch Delikte

in den neuen Bundesländern in die Statistik einfließen. Zudem wurden 1991 erstmals Gewalttaten in der Zählung berücksichtigt, bei denen eine rechtsextremistische Motivation nicht erwiesen war, sondern lediglich nahe lag.<sup>1</sup> Auch ist nicht ausgeschlossen, dass die Öffentlichkeit sensibler auf solche Taten achtete und deshalb mehr Delikte in die Statistik gelangten. Diese Relativierungen ändern freilich nichts daran, dass die Jahre 1992 und 1993 in den Aufzeichnungen des Verfassungsschutzes den Gipfel rechtsextremistisch eingestufte Gewalttaten markieren. Danach sank die Zahl der registrierten Delikte wieder merklich ab und bewegte sich seitdem mit Ausnahme des Jahres 2000 zwischen 600 und 800 Fällen. Damit wurden regelmäßig deutlich mehr rechtsextreme Delikte registriert als noch vor der Wiedervereinigung. Allerdings kann nicht von einem stetigen Aufwärtstrend die Rede sein.

**Abbildung 1: Rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland 1990-2004**



Quellen: Auswertung der Verfassungsschutzberichte durch Kailitz (2004); Eigene Auswertung ab 2003

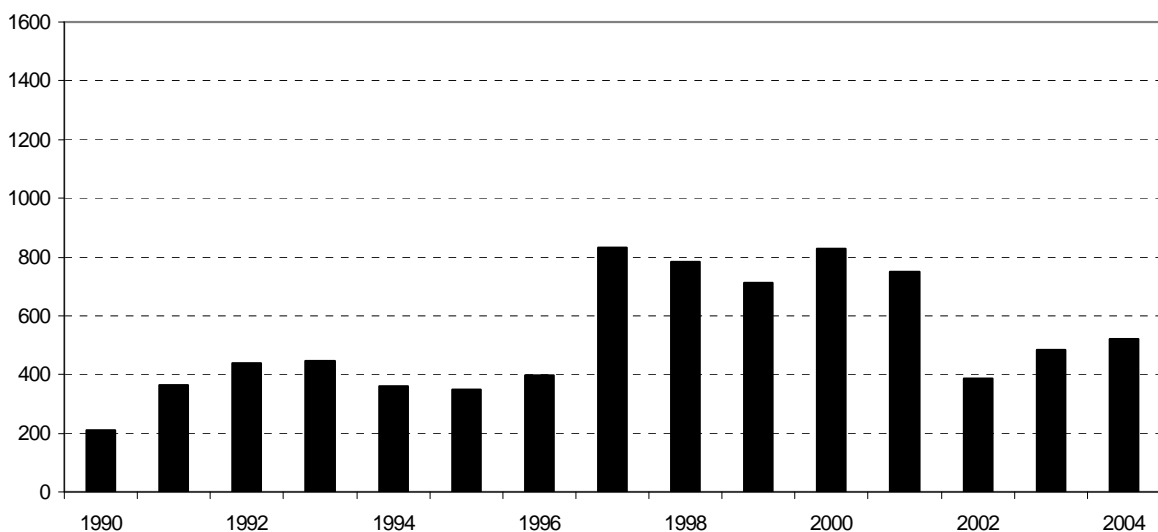
In der regionalen Verteilung rechtsextremer Gewalt waren Anfang der neunziger Jahre keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erkennbar. Vielmehr fiel ein Nord-Süd-Gefälle ins Auge. Ab Mitte der neunziger Jahre sind deutliche Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu beobachten, die sich jedoch seit 1999 wieder leicht abschwächten (vgl. Kailitz 2004). Dennoch waren 2004 in Ostdeutschland noch mehr als dreimal so viele rechtsextreme Gewalttaten pro Einwohner zu verzeichnen als im Westen (vgl. Bundesministerium des Inneren 2005: 36). Die amtliche Statistik bestätigt somit den in der Öffentlichkeit verbreiteten Eindruck, dass rechtsextremistische Gewalttaten in Ostdeutschland besonders häufig verübt werden.

<sup>1</sup> Im Verfassungsschutzbericht 1991 wird von Gewalttaten gesprochen, bei denen eine „rechtsextremistische Motivation aufgrund von Anhaltspunkten oder Erfahrungen mindestens nahe liegt“ (Bundesministerium des Inneren 1992: 124).

Auch wenn die rechtsextreme Gewalt in den neunziger Jahren sicherlich die Gewaltberichterstattung der Zeitungen und Rundfunkprogramme dominierte, bedeutet dies nicht, dass es nach der Wiedervereinigung keine Gewalttaten gab, die sich extrem links stehenden Personen zuordnen lassen. Man denke etwa an die Ermordung Detlev Karsten Rohwedders, des Vorsitzenden der Treuhandanstalt, durch das RAF-Kommando „Ulrich Wessel“ am 1. April 1991. Ein großes Medienecho fanden beispielsweise auch 1995 die sogenannten „Chaos-Tage“ in Hannover, als sich Punker, Autonome und sonstige als linksextrem eingestufte Personen Straßenschlachten mit weit über tausend Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamten lieferten. Ebenso gehören seit den neunziger Jahren Bilder über Ausschreitungen in Berlin-Kreuzberg beinahe selbstverständlich zum Nachrichtenalltag eines jeden 1. Mai.

Diese spektakulären Einzelereignisse geben keinen Aufschluss über die Häufigkeit linksextremistischer Gewalttaten. Dies erlaubt eher ein Blick in die amtliche Statistik der erwiesenermaßen oder vermutlich linksextremistisch motivierten Gewalttaten. Wie Abbildung 2 zeigt, stieg deren Zahl nach der Wiedervereinigung von rund 200 leicht an und pendelte bis 1996 zwischen 300 und gut 400 Delikten. 1997 schnellte sie auf rund 800 Delikte empor, was unter anderem auf eine Änderung des Zählungsverfahrens zurückzuführen sein dürfte (vgl. Bundesministerium des Inneren 1998: 24). Bis 2001 verharrte die Zahl der Delikte auf diesem deutlich höheren Niveau, ehe sie auf 400 bis 600 Taten zurückging. Seit der Wiedervereinigung zeichnet sich somit kein klarer Entwicklungstrend ab.

**Abbildung 2: Linksextremistische Gewalttaten 1990-2004**



Quellen: Auswertung der Verfassungsschutzberichte durch Kailitz (2004); Eigene Auswertung 1990/91 und 2004

Über die regionale Verteilung linksextremistischer Gewalttaten lässt sich nur wenig sagen, da sie in den Verfassungsschutzberichten der frühen neunziger Jahre nicht nach Bundesländern ausgewiesen wurden. Betrachtet man die Angaben für 2002 bis 2004, ist zumindest für diese Jahre kein klares regionales Muster festzustellen. Allenfalls kann man davon sprechen, dass die Zahl der Delikte je 100.000 Einwohner vom Norden zum Süden Deutschlands hin leicht abfällt. Zudem ist in diesem Zeitraum die Quote in Berlin deutlich höher als in den anderen Bundesländern. Anders als auf der extremen Rechten kann hier also nicht von einem Ost-West-Gefälle die Rede sein.

Vergleicht man die Anzahl registrierter rechts- und linksextremistischer Gewalttaten, ergibt sich seit der Wiedervereinigung meist ein Übergewicht ersterer. Freilich erscheint ein solcher Vergleich fragwürdig, da sich hinter registrierten Vorkommnissen oft sehr unterschiedliche Dinge verbergen können. So wird in den Verfassungsschutzberichten regelmäßig darauf hingewiesen, dass linksextremistische Ausschreitungen, an denen eine Vielzahl von Personen beteiligt sind, wie beispielsweise solche zum 1. Mai, oftmals als ein Delikt registriert werden (Landfriedensbruch), während bei rechtsextremistischen Gewalttaten solche stärker vertreten seien, bei denen die Opferseite „nur“ aus einzelnen Personen bestehe. Folglich kann ein unbedachter Vergleich also zu irreführenden Schlussfolgerungen führen.

Rechts- und linksextremistische Gewalttaten gehören zur Realität im vereinten Deutschland. Im Durchschnitt werden Tag für Tag gut zwei rechtsextremistische und etwas weniger linksextremistische Delikte verübt. Sie bringen Verachtung für die Opfer zum Ausdruck und stellen eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft dar. Zu einem Teil handelt es sich um Taten von Einzelpersonen, aber auch organisierte Gruppen tragen dazu bei. Gerade in ihnen ist ein erhebliches Gefahrenpotential zu sehen, da sie erhebliche Ressourcen bündeln und geplant vorgehen können.

### **3. Die Wahlerfolge extremistischer Parteien**

Politische Extremisten organisieren sich auch in politischen Parteien, um an Wahlen teilzunehmen. Dies ermöglicht es ihnen, um öffentliche Unterstützung für ihre politischen Positionen zu werben. Bei entsprechenden Wahlerfolgen können sie an der staatlichen Parteienfinanzierung teilnehmen oder sogar Parlamentsmandate erringen. Sofern ihnen

letzteres gelingt, können sie Parlamente als Propagandaplattform nutzen und versuchen, ihren Forderungen Gesetzeskraft zu verleihen. Die Organisationsform der Partei ist für sie darüber hinaus insofern besonders interessant, als Parteien weniger leicht zu verbieten sind als einfache Vereinigungen: Letztere können Innenminister verbieten, während eine Partei nur vom Bundesverfassungsgericht auf Antrag von Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat oder einer Landesregierung verboten werden kann. Extremistische Parteien und ihre Unterstützung in der Bevölkerung verdienen daher einige Aufmerksamkeit.

### **3.1 Rechte Flügelparteien und ihre Wahlerfolge**

Es herrscht weitgehender Konsens darüber, welche Parteien gegenwärtig der extremen Rechten zuzurechnen sind. An erster Stelle ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu nennen. Sie entstand 1964 durch einen Zusammenschluss mehrerer extrem rechter Splittergruppen und der Deutschen Reichspartei, welche aufgrund Programmatik und Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft als Nachfolgepartei der NSDAP gelten kann (vgl. hierzu und im folgenden Arzheimer 2005: 409-412). 1971 gründete der rechtsextreme Verleger Gerhard Frey die Deutsche Volksunion (DVU) als Verein, der den Vertrieb seiner Veröffentlichungen fördern sollte. 1987 wandelte Frey die DVU in eine Partei um, die er weitgehend beherrscht. Die Partei „Die Republikaner (REP)“ wurde 1983 von zwei ehemaligen CSU-Abgeordneten ins Leben gerufen, ehe Franz Schönhuber zum lange Zeit bekanntesten REP-Politiker avancierte.

Programmatisch tritt die NPD nach einer Öffnung für neonazistische Kreise und einer Radikalisierung momentan von den drei Parteien am aggressivsten auf. Diese aggressiv-kämpferische Haltung veranlasste 2001 Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat, einen Antrag auf Verbot der NPD zu stellen, der allerdings aus formalen Gründen scheiterte. Dagegen versuchen sich die „Republikaner“ unter Führung von Rolf Schlierer von rechtsextremistischen Tendenzen abzugrenzen und sich als national-konservative Partei zu etablieren. Die DVU Gerhard Freys bewegt sich programmatisch zwischen den beiden anderen Parteien. Mit gut 10.000 Mitgliedern ist sie momentan die größte Gruppierung, hat aber seit der Wiedervereinigung deutliche Einbußen hinnehmen müssen. Ähnlich erging es den „Republikanern“, die 2004 rund 7.500 Mitglieder zählten, nachdem es Anfang der neunziger Jahre noch über 20.000 gewesen waren. Bei der NPD sind dagegen weniger Veränderungen zu erkennen: Die Zahl ihrer Mitglieder bewegt sich seit der Vereinigung zwischen rund 4.000 und 7.000. Mitgliederzahlen sagen jedoch nur wenig über die



Unterstützung der Parteien in der Bevölkerung aus, darüber gibt das Abschneiden bei Wahlen zuverlässiger Auskunft.

Bei Bundestagswahlen konnten die Parteien der extremen Rechten seit der Wiedervereinigung nicht reüssieren. Regelmäßig scheiterten sie deutlich an der Fünfprozenthürde. Selbst alle rechtsextremen Parteien zusammen hätten die Sperrklausel nicht überwinden können. Bei Landtagswahlen konnten sie dagegen durchaus Erfolge erzielen. Zunächst gewann die DVU 1991 bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft mit sechs Sitzen ebenso viele Mandate wie im Folgejahr bei der Neubesetzung des Landtags in Schleswig-Holstein. Ebenfalls im Jahr 1992 erregten die Republikaner Aufsehen mit ihrem Einzug ins baden-württembergische Landesparlament. Mit einem Zweitstimmenanteil von fast 11 Prozent konnte die Partei 15 Abgeordnete stellen, und auch 1996 fiel das Ergebnis mit gut 9 Prozent und 14 Mandaten nicht wesentlich schlechter aus. Seitdem konnten rechtsextreme Parteien in den westlichen Bundesländern nur noch zwei Achtungserfolge erzielen: Der DVU gelang es 1999 und 2003, jeweils einen Sitz in der Bremischen Bürgerschaft zu erringen.

Als die Resonanz der Rechtsextremisten bei Wahlen in Westdeutschland nachließ, begann sie – man könnte beinahe meinen, es handele sich um kommunizierende Röhren – in Ostdeutschland zuzunehmen. Nach einem kosten- und materialintensiven Wahlkampf konnte die DVU in Sachsen-Anhalt 1998 einen Zweitstimmenanteil von 12,9 Prozent erzielen und 16 Landtagsmandate erringen. Zugleich erzielte sie damit das beste Wahlergebnis einer rechten Flügelpartei in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Im Jahr darauf überwand die DVU auch in Brandenburg knapp die Fünfprozenthürde; diesen Erfolg konnte sie fünf Jahre später sogar noch leicht ausbauen. Bei der ebenfalls in 2004 stattfindenden Wahl in Sachsen gewann die NPD 9,2 Prozent der Zweitstimmen und zog erstmals seit 1968 wieder in ein Landesparlament ein. Große Besorgnis erregte dabei die Tatsache, dass etwa mit Holger Apfel oder Udo Voigt rhetorisch wie strategisch durchaus geschickte Personen im Parlament vertreten sind, die die sächsische Fraktion als rechtsextremistischen Brückenkopf nutzen könnten. Insgesamt kann man mit Blick auf die Erfolge rechtsextremer Parteien bei Wahlen seit der Wiedervereinigung von einer Verlagerung des Schwerpunktes von West nach Ost sprechen.

### **3.2. Linke Flügelparteien und ihre Wahlerfolge**

Es ist weitgehend unumstritten, dass die beiden linken Flügelparteien Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

als linksextremistisch zu gelten haben. Erstere wurde 1968 faktisch als Nachfolgepartei der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ins Leben gerufen. In den achtziger Jahren hatte sie rund 40.000 Mitglieder, erlebte jedoch seit 1989/90 einen enormen Aderlass. Im Jahr 2004 zählte sie noch 4.500 Mitglieder. Die MLPD wurde 1982 gegründet und hatte stets deutlich weniger Mitglieder als die DKP. Beide zeichnen sich durch eine konstante Bedeutungslosigkeit bei Wahlen sowohl vor als auch nach der Wiedervereinigung aus, was sich an Ergebnissen unter der Einprozentmarke ablesen lässt. Eindeutig linksextremistische Parteien spielen bei Wahlen in Deutschland demnach praktisch keine Rolle.

Anders sieht es bei einer Partei aus, an deren Einstufung als linksextrem sich die Geister scheiden: Die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), die im Winter 1989/90 aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der früheren Staatspartei der DDR, hervorging. Die SED war eindeutig extremistisch, stand sie doch im Zentrum des undemokratischen DDR-Systems und betrieb den Kampf gegen die Bundesrepublik. Obgleich die PDS das Erbe der SED antrat, ist nicht ohne weiteres zu entscheiden, ob auch sie als extremistisch einzustufen ist. Einerseits – so der Extremismusforscher Arzheimer – können Aufbau und innere Prozesse der Partei als demokratisch gelten und hatten die Mitglieder der gegenwärtigen Parteiführung in der SED keine höheren Ämter inne gehabt. Zudem fänden sich im Parteiprogramm keine im eigentlichen Sinne marxistisch-leninistischen oder gar stalinistischen Elemente. Andererseits – so der Politikwissenschaftler Jürgen Lang noch im Jahr 2003 – sei das Denken und Handeln der PDS nicht vom Wertekanon des demokratischen Verfassungsstaates und den daraus entspringenden Prinzipien geleitet. Außerdem duldet die Partei mit der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum kleinere, unstrittig extremistische Gruppen in ihren Reihen. Neue Impulse in Richtung Demokratisierung könnten vom beabsichtigten Zusammenschluss der PDS – die seit kurz vor der Bundestagswahl 2005 unter dem Namen „Die Linkspartei“ firmiert – mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) ausgehen. Doch ist das im Moment ungewiss. Daher ist die PDS im Moment noch nicht über alle Zweifel an ihrer unerschütterlichen Treue zum demokratischen Verfassungsstaat erhaben.

Die PDS erlebte seit 1990 einen dramatischen Mitgliederschwund. Im Jahr der Vereinigung gehörten ihr noch über 280.000 Mitglieder an, ein Jahr später waren es weniger als 200.000, 1998 weniger 100.000. Im Jahr 2004 zählte sie in den neuen Bundesländern noch rund 66.000 Mitglieder, wobei die Mitgliederstruktur relativ seniorenlastig ist. In den alten Bundesländern

waren 2004 etwas mehr als 4.000 Mitglieder eingeschrieben. Gemessen an den Mitgliederzahlen, ist die Linkspartei bzw. PDS somit vorrangig eine Ostpartei.

Diese deutliche Ost-West-Asymmetrie ist auch kennzeichnend für das Abschneiden der PDS bei Wahlen. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erreichte die PDS bundesweit gerade einmal 2,4 Prozent der Zweitstimmen, wobei 11,1 Prozent in den neuen Bundesländern und ein bedeutungslos geringer Prozentsatz in den alten Bundesländern erzielt wurden. Da bei dieser Wahl die Fünfprozentklausel getrennt auf die alten und die neuen Bundesländer angewandt wurde, konnte mit der PDS erstmals seit 1949 wieder eine Partei der extremen Linken in den Bundestag einziehen. Bei den darauffolgenden Wahlen 1994 konnte die PDS den Zweitstimmenanteil auf 4,4 Prozent nahezu verdoppeln und war dank der gewonnenen vier Direktmandate in Ostberlin<sup>2</sup> mit 30 Abgeordneten im Parlament vertreten. Wiederum war die Partei im Westen mit einem Stimmenanteil von 1,2 Prozent recht erfolglos, im Osten erreichte sie dagegen knapp 20 Prozent. Am deutlichen Ungleichgewicht zwischen alten und neuen Bundesländern änderte sich 1998 wenig, doch gelang es ihr erstmals, die bundesweite Fünfprozenthürde zu überwinden. Gemessen an ihrem Wahlerfolg, war die PDS auch 2002 eine ostdeutsche Regionalpartei. Freilich scheiterte sie diesmal wieder an der Fünfprozenthürde, weshalb sie nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten war. Ihren größten Erfolg erzielte die jetzige Linkspartei bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005. Dabei kam sie im Westen auf 4,9 Prozent, im Osten auf 25,3 Prozent. Im Westen dürfte sie wesentlich davon profitiert haben, dass sie vor der Wahl 2005 mit der WASG vereinbart hatte, Kandidaten der WASG auf ihren Listen zu nominieren. Sollte die Kooperation mit der WASG fortgesetzt werden oder – wie geplant – in eine Fusion münden, kann die Linkspartei künftig womöglich im Westen ihr bisheriges Dasein als vernachlässigbare Splitterpartei in der Landespolitik hinter sich lassen (vgl. Schoen/Falter 2005). In augenfälligem Kontrast dazu ist sie in der ostdeutschen Landespolitik als zweite oder dritte Kraft praktisch nicht wegzudenken. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist sie sogar schon zu einer Regierungspartei geworden. Während sie sich also in den neuen Ländern schon etablieren konnte, ist sie in den alten noch ein randständiges Phänomen. Soweit man die PDS bzw. Linkspartei als linksextrem einstuft, was sie in Teilen zweifelsohne ist, kann man daher davon sprechen, dass der parteipolitisch organisierte Linksextremismus in den neuen Ländern größere Resonanz findet als in den alten.

---

<sup>2</sup> Sobald eine Partei bei Bundestagswahlen drei oder mehr Direktmandate gewinnt, erhält sie so viele Mandate, wie es ihrem Zweitstimmenanteil entspricht.

#### **4. Extremistische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung**

Der Überblick über Gewalttaten und Wahlerfolge legen die Vermutung nahe, dass die Bürger in den neuen Ländern für extremistische Ideologien anfälliger sind als jene in den alten. Freilich geben Wahlerfolge von als extremistisch eingestuften Parteien wie auch die Zahl von als extremistisch klassifizierten Gewalttaten nicht zuverlässig Auskunft über die Verbreitung extremistischen Gedankenguts in der Bevölkerung. Denn zwischen politischen Orientierungen und politischem Handeln besteht keine eindeutige Beziehung. So kann eine Person extremistisch eingestellt sein, aber niemals eine Gewalttat verüben. Auch wählen Menschen mit extremistischen Weltbildern nicht unbedingt als extremistisch geltende Parteien. In einigen Untersuchungen konnte beispielsweise gezeigt werden, dass nicht wenige Personen, die rechtsextremem Gedankengut nahe stehen, bei Wahlen häufig für die Volksparteien CDU, CSU und SPD stimmen, was für deren Integrationskraft spricht. Rechtsextremistische Orientierungen sind somit keine hinreichende Bedingung für rechtsextremistische Handlungen. Aber auch in der umgekehrten Richtung sind keine eindeutigen Schlussfolgerungen möglich. Extremistische Orientierungen spielen zwar eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung zugunsten von Parteien der extremen Linken und Rechten. Allerdings ist es – wie einige Forscher hervorheben – nicht ausgeschlossen, dass einige Personen manchmal für Parteien stimmen, die als extremistisch gelten, ohne selbst extremistischen Ideen anzuhängen. Als entscheidendes Motiv wird in diesem Fall Protest gegen politische Entscheidungen oder Fehlverhalten von Politikern angeführt. Will man etwas darüber erfahren, wie verbreitet rechts- und linksextremistische Einstellungen in Deutschland sind, ist es daher unabdingbar, die politischen Orientierungen der Bürger möglichst unmittelbar zu untersuchen.

Dazu greift die Extremismusforschung regelmäßig auf Meinungsumfragen zurück. Um die geistige Nähe der Deutschen zu extremistischen Ideologien zu untersuchen, stellt man freilich nicht die Frage: "Unterstützen Sie extreme Ideologien?". Denn ein Teil der Befragten, die tatsächlich extremistische Orientierungen aufweisen, dürften sich dessen nicht bewusst sein und sich daher nicht als extremistisch einstufen. Um dies zu vermeiden, wird stattdessen danach gefragt, wie Personen zu verschiedenen inhaltlichen Facetten eines extremistischen Weltbildes stehen, etwa zum Privateigentum auf der extremen Linken oder zu Ausländern und Juden auf der extremen Rechten. In diesem Fall dürften die meisten Befragten wissen, was gemeint ist. Damit ist freilich noch nicht garantiert, dass ihre Antworten ihre tatsächlichen Orientierungen getreulich widerspiegeln. Denn ein Befragter könnte das Gefühl

haben, der Interviewer erwarte Treue zum Grundgesetz und bestrafe Extremismus mit Verachtung, und daher seine wahre Haltung für sich behalten und stattdessen eine Antwort geben, die er für gesellschaftlich anerkannt hält. Folglich müssen sich perfekte „Umfragedemokraten“ im Alltag durchaus nicht unbedingt als mustergültige Demokraten erweisen. Bei der Interpretation von Umfrageergebnissen ist daher zu bedenken, dass die Verbreitung extremistischer Orientierungen wenigstens der Tendenz nach unterschätzt werden kann.

#### **4.1. Zur Verbreitung extrem rechter Einstellungen in Ost und West**

In der Forschung gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Facetten ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild in Deutschland vollständig beschreiben. Es herrscht aber zumindest darüber Einigkeit, dass die folgenden fünf Elemente zu einer rechtsextremen Weltsicht gehören. Es wird (übersteigerter) Nationalismus ebenso genannt wie die Ablehnung von gesellschaftlicher Vielfalt und Demokratie. Ausländerfeindlichkeit gehört dazu, die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Antisemitismus (vgl. Falter 1994).

Um nationalistisches Denken zu erfassen, werden Personen gefragt, wie sie zu den Aussagen "Ich bin stolz, ein Deutscher (bzw. eine Deutsche) zu sein" und "Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben" stehen. Die Befragten können dabei eine der fünf Antwortmöglichkeiten „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Stimme teils zu/teils nicht zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme voll und ganz zu“ wählen; die beiden letzteren werten wir im Folgenden als Zustimmung. Zum Nationalstolz bekannten sich von 1994 bis 2002 rund 60 Prozent der Westdeutschen, unter Ostdeutschen ist diese Haltung noch ein wenig weiter verbreitet. Für mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl sprachen sich 1994 etwas weniger als die Hälfte der Westdeutschen aus, waren etwas mehr als 50 Prozent. Laut Decker und Brähler (2005) ist der Anteil bis 2004 auf rund 40 Prozent gesunken. In den neuen Ländern stieg die Zustimmung zwischen 1994 und 2002 von rund 49 auf 58 Prozent, scheint aber bis 2004 deutlich gesunken zu sein.<sup>3</sup> Diese Aussagen finden in der Bevölkerung somit relativ viel Unterstützung, ohne dass sich deutliche Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen ließen.

---

<sup>3</sup> Die Prozentangaben für die Jahre 1994, 1998 und 2002 beruhen auf eigenen Analysen der Querschnitterhebungen aus dem DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, die jeweils für die Deutschen ab 16 Jahren sind. Die Werte für das Jahr 2004 wurden Decker und Brähler (2005) entnommen, wo Deutsche ab 14 Jahren befragt und leicht veränderte Antwortvorgaben verwendet wurden.

Die Haltung zu gesellschaftlichem Pluralismus und Demokratie wird mit den Fragen ermittelt, ob unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform sei und ob sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen sollten. Dafür, unter Umständen eine Diktatur einzurichten, plädierten 1994 rund 16 Prozent der Westdeutschen, bis 2002 sank dieser Anteil auf rund zehn Prozent. In den neuen Bundesländern findet das bedingte Plädoyer für die Diktatur größeren Anklang als in den alten, lag die Zustimmungsrates doch von 1994 und 2002 zwischen einem Fünftel und einem Viertel. Laut Decker und Brähler (2005) soll sie 2004 jedoch auf zehn Prozent gesunken sein. Gruppen- und Verbandsinteressen wollten in Westdeutschland durchgängig rund 40 Prozent der Befragten bei leicht sinkender Tendenz dem Allgemeinwohl untergeordnet wissen. In Ostdeutschland stimmten 1994 rund 60 Prozent dieser Forderung zu, 2002 waren es noch 50 Prozent. Insgesamt scheinen antipluralistische Denkfiguren relativ verbreitet zu sein, und zwar in den neuen Ländern etwas stärker als in den alten.

Um etwas über die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit zu erfahren, wird in Interviews gefragt, ob die Bundesrepublik nach Meinung des Befragten in gefährlichem Maße überfremdet sei und ob Ausländer in Deutschland nur mit den eigenen Landsleuten Ehen eingehen sollten. Die Bundesrepublik wähten 1994 jeweils rund 40 Prozent der Ost- und Westdeutschen überfremdet. 1998 war jeweils rund die Hälfte der Befragten dieser Meinung, 2002 und 2004 galt dies für rund 40 Prozent der befragten Ost- und Westdeutschen. Für reine Ausländerehen plädierten 1994 etwa 28 Prozent der Westdeutschen, bis 2002 sank der Anteil der Befürworter unter die 20-Prozentmarke. Nachdem diese Forderung 1994 in den neuen Ländern bei rund 36 Prozent der Befragten auf offene Ohren gestoßen, nahm der Anteil bis 2002 leicht auf weniger als 30 Prozent ab. Ausländerfeindliche Tendenzen sind also in beiden Landesteilen nicht gerade selten. Soweit innerdeutsche Unterschiede zu beobachten sind, scheint Ausländerfeindlichkeit interessanterweise in Ostdeutschland weiter verbreitet zu sein, wo die Wahrscheinlichkeit, auf Ausländer zu treffen, im Durchschnitt deutlich geringer ist als im Westen.

Eine positive Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus wird mit den Fragen erhoben, ob Hitler heute als großer Staatsmann angesehen würde, wenn es die Judenvernichtung nicht gegeben hätte, und ob der Nationalsozialismus auch gute Seiten hatte. Dem Nationalsozialismus konnten 1994 rund 20 Prozent der Westdeutschen gute Seiten abgewinnen, zehn Jahre später waren es weniger als 15 Prozent. Ein ähnlicher Abwärtstrend lässt sich bei der Zustimmung zur Bewertung Hitlers von knapp einem Viertel auf rund 15 Prozent beobachten. In den neuen Ländern sind von 1994 bis 2002 keine stetigen

Abwärtstrends zu erkennen, vielmehr schwankte die Zustimmung zu beiden Aussagen zwischen 15 und 20 Prozent, scheint aber 2004 laut Decker und Brähler (2005) auf weniger als zehn Prozent gefallen sein. Verglichen mit einer Reihe der vorher betrachteten Elemente eines rechtsextremistischen Weltbildes, findet die Verharmlosung des Nationalsozialismus relativ wenig Widerhall unter den Deutschen. Freilich sind nicht alle Deutschen dagegen immun.

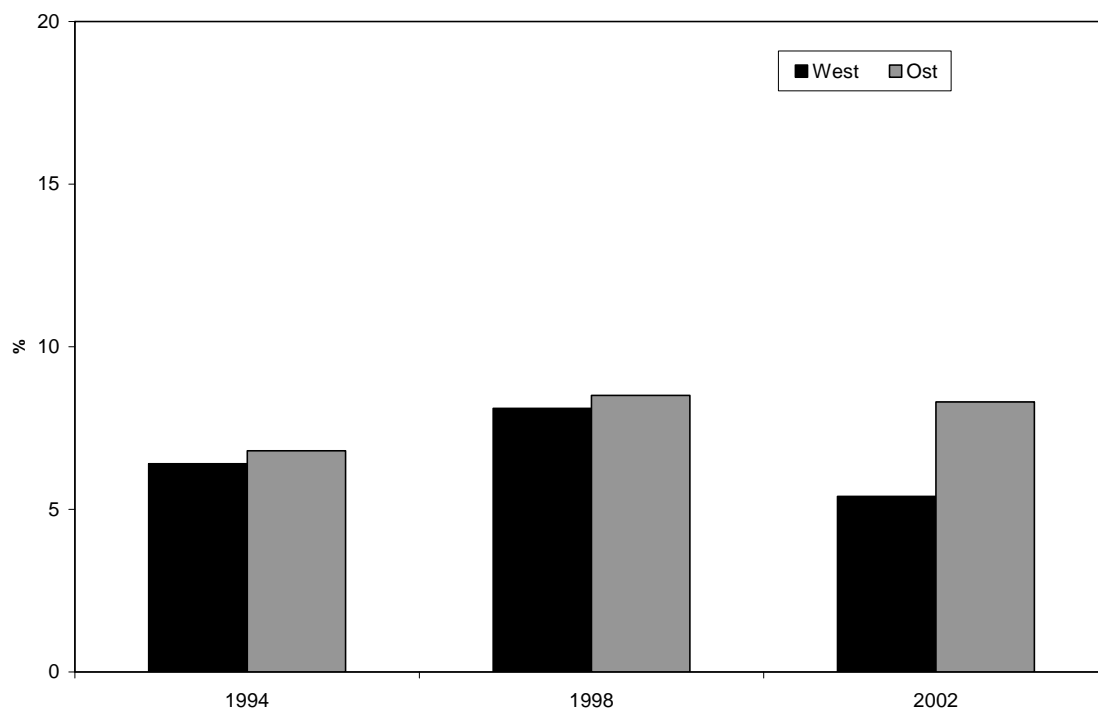
Antisemitisches Gedankengut versucht die Forschung zu erfassen, indem sie Personen die Aussage vorlegt, Juden hätten etwas Besonderes und Eigentümliches an sich, weshalb sie nicht so recht zu uns passten. Zusätzlich wird gefragt, ob der Einfluss von Juden auch heute noch zu groß sei. Einen zu großen Einfluss von Juden meinten von 1994 bis 2002 jeweils zwischen 20 und 30 Prozent der West- und Ostdeutschen zu erkennen. Für die Westdeutschen weisen Decker und Brähler (2005) auch 2004 einen Anteil in diesem Intervall aus, während sie für die Ostdeutschen nur noch wenig mehr als zehn Prozent angeben. Die Juden sah von 1994 bis 2004 jeweils rund ein Fünftel der Westdeutschen als andersartig an. Von den Ostdeutschen bescheinigten zwischen 1994 und 2002 jeweils gut 20 Prozent den Juden Besonderheiten und Eigentümlichkeiten, 2004 waren es laut Decker/Brähler (2005) nur noch rund 16 Prozent. Im vereinigten Deutschland sind antisemitische Vorstellungen folglich keineswegs ausgestorben, freilich sind sie nicht auf dem Vormarsch oder gar vorherrschend.

Die vorgestellten zehn Aussagen dienen dazu, in ihrer Gesamtheit „Rechtsextremismus“ zu messen. Die Zustimmung zu einzelnen Aussagen erlaubt daher nicht den Schluss, dass eine Person „rechtsextrem“ ist. Beispielsweise kann jemand stolz darauf sein, Deutscher zu sein, ohne ein rechtsextremes Weltbild zu besitzen. Auch muss eine Befragte kein geschlossenes extrem rechtes Weltbild besitzen, um gesellschaftlichen Pluralismus zugunsten des Allgemeinwohls eingeschränkt wissen zu wollen. Will man die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen ermitteln, kommt es folglich weniger darauf an, wie sich eine Person zu einzelnen Aussagen äußert, sondern darauf, wie sie auf alle zehn reagiert.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie vielen der zehn Aussagen eine Person zustimmen muss, um als Rechtsextremist zu gelten. Die meisten Forscher sprechen sich dafür aus, dass mindestens sieben oder acht Aussagen befürwortet worden sein müssen. Abbildung 3 zeigt, wie sich zwischen 1994 und 2002 der Prozentsatz jeweils der west- und der ostdeutschen Personen, die mindestens acht der zehn genannten Aussagen zustimmen, entwickelt hat. Demnach sind in West- und Ostdeutschland von 1994 bis 2002 weniger als zehn Prozent der Bevölkerung rechtsextremistisch eingestellt. Legt man einen weniger restriktiven Maßstab an und setzt die Zustimmung zu mindestens sieben Aussagen voraus,

ergeben sich höhere Rechtsextremistenanteile: In den alten Ländern sinkt er von rund 15 Prozent in den Jahren 1994 und 1998 auf weniger als zehn Prozent 2002. In den neuen Ländern liegt der Anteil praktisch konstant bei knapp 15 Prozent. Unabhängig davon, für welche Abgrenzung man sich entscheidet, sprechen die Ergebnisse dafür, dass in West- und Ostdeutschland ein durchaus beträchtlicher Anteil der Bevölkerung stabile rechtsextreme Orientierungen aufweist. Gleichwohl sollten sie nicht zu übertriebenen Ängsten veranlassen, da rechtsextremistische Weltbilder weit davon entfernt sind, mehrheitsfähig zu sein.

**Abbildung 3: Die Entwicklung extrem rechten Denkens unter Ost- und Westdeutschen**



Quelle: DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, eigene Auswertung.

Rechtsextreme Orientierungen sind nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen häufig vorzufinden. Eine jüngere Studie zeigt – im Einklang mit vielen anderen Untersuchungen – dass der Bildung eine herausragende Rolle zukommt: Je höher der Bildungsabschluss ist, den eine Person erreicht hat, desto unwahrscheinlicher ist, dass sie starke rechtsextreme Einstellungen aufweist (vgl. Bühler et al. 2005). Für diesen Zusammenhang dürften folgende Hauptursachen verantwortlich sein (vgl. Heyder 2003): Höher Gebildete haben höhere kognitive Fähigkeiten, können also komplexere Argumentationen besser nachvollziehen und sind weniger anfällig für Pauschalisierungen und Vorurteile. Mitunter könnten sie leichter verstehen, warum eine demokratische Regierungsform trotz aller Mängel immer noch die



beste ist, über die die Menschheit verfügt. Gleichzeitig orientieren sie sich in der Regel stärker an so genannten nonkonformistischen Werten, tendieren also eher zu eigenständigem Denken und Verhalten.

Neben der Bildung spielt die Persönlichkeit von Menschen eine wichtige Rolle. Manche Menschen neigen dazu, sogenannte stabile kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln oder zu übernehmen. Diese Menschen bevorzugen klare Strukturen, feste Regeln und Hierarchien, sowie Bekanntes und die Erhaltung von Althergebrachtem. Es wundert daher kaum, dass solche Personen auch anfälliger für das relativ einfach gestrickte Weltbild extrem rechter Ideologen sind.

Ein dritter Faktor, der die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, rechtsextreme Orientierungen aufzuweisen, ist das Geschlecht einer Person. Männer weisen mit etwas erhöhter Wahrscheinlichkeit extrem rechte Einstellungen auf. Eine mögliche Erklärung dafür liegt darin, dass rechte Ideologien männlichen Geschlechtsrollenstereotypen näher stehen als weiblichen und dies eine Aneignung des rechten Gedankenguts begünstigt.

Weniger dem rechten Gedankengut zugeneigt sind Personen, die der Ansicht sind, dass die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen gerecht sei. Auch dies erstaunt wenig, da wer mit der politischen Grundordnung der Bundesrepublik und deren gelebter Praxis zufrieden ist, hat wenig Anlass, ein anderes Gesellschaftsmodell anzustreben. Angesichts der zunehmenden Belastungen der Sozialsysteme durch die sich wandelnde Altersstruktur und die hohe Arbeitslosigkeit und der damit sinkenden Verteilungsspielräume ist allerdings kaum davon auszugehen, dass die Gesellschaftsordnung künftig in stärkerem Umfang als gerecht eingeschätzt wird. Insoweit ist damit zu rechnen, dass das rechtsextreme Einstellungspotential in Ost- und Westdeutschland in absehbarer Zeit nicht unter das momentane Niveau sinken wird.

#### **4.2. Zur Verbreitung extrem linker Einstellungen in Ost und West**

Im Vergleich zu rechtsextremen Einstellungen sind extrem linke Einstellungen in Deutschland bislang vergleichsweise selten systematisch untersucht worden. Dies liegt nun nicht daran, dass die Politikwissenschaft "auf dem linken Auge blind" wäre. Der Grund dafür ist vielmehr darin zu suchen, dass in Deutschland die extreme Linke im Gegensatz zur Rechten jahrzehntelang keine Wahlerfolge verzeichnen konnte. Es waren aber gerade die Wahlerfolge von Rechtsextremisten und -populisten, die zu einer sehr intensiven Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus geführt haben. Will man Aussagen über die

Verbreitung linksextremen Gedankenguts treffen, kann man daher nicht auf ein derart elaboriertes Messinstrument zurückgreifen, wie es für rechtsextreme Einstellungen zur Verfügung steht. Gleichwohl gibt es empirische Anhaltspunkte dafür, wie weit einzelne linksextreme Ideen im Denken der Deutschen verbreitet sind.

In Umfragen wurde Personen die Aussage „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden“ vorgelegt. Sie verbindet Kritik an der privatkapitalistischen Ordnung mit der Forderung nach staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftskreislauf und nach einer Einschränkung des Eigentumsrechts. Dieser Aussage stimmten 1994 rund 15 Prozent der Westdeutschen eher oder voll und ganz zu, 1998 und 2002 waren es rund zehn Prozent. Bei Ostdeutschen stieß sie auf ein wesentlich positiveres Echo, befürworteten sie doch 1994 40 Prozent und 2002 immerhin noch etwa 30 Prozent zumindest leicht. In beiden Landesteilen ging die Zustimmung zurück, doch bewegt sie sich in Ostdeutschland noch immer auf deutlich höherem Niveau als im Westen.

Auf der extremen Linken bildet die Idee des Sozialismus einen wichtigen Bezugspunkt. Umfragen zeigen, dass sie in der deutschen Bevölkerung zum Teil ganz erheblichen Anklang findet. Von den Ostdeutschen stimmten 1994, 1998 und 2002 jeweils zwischen 55 und 60 Prozent der Aussage zu, der Sozialismus sei eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei. In Westdeutschland befürwortete immerhin durchgängig gut ein Fünftel diese Aussage. Die Zustimmung zur DDR als einem Staat, der die Idee des Sozialismus zu verwirklichen suchte, fällt merklich geringer aus. Allerdings stimmten 1994 rund 35 Prozent der Ostdeutschen und 2002 immerhin noch rund 28 Prozent der Einschätzung leicht oder voll und ganz zu, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt. In den alten Bundesländern bewegt sich die Zustimmung im gleichen Zeitraum bei leicht sinkender Tendenz zwischen fünf und zehn Prozent.

Wie bei den Aussagen, mit denen rechtsextremistische Orientierungen gemessen werden sollen, gilt auch hier, dass die Zustimmung zu einer einzelnen Aussage noch nicht den Schluss zulässt, dass eine Person ein Linksextremist ist. Beispielsweise kann jemand die Idee des Sozialismus befürworten, ohne die freiheitlich demokratische Ordnung der Bundesrepublik entschieden abzulehnen. Die summarische Betrachtung aller Aussagen führt im Falle linksextremistischer Orientierungen freilich zu weniger zuverlässigen Ergebnissen als beim Rechtsextremismus, da kein wiederholt geprüftes und bewährtes Messinstrument zur Verfügung steht. Gleichwohl kann man auf diese Weise grobe Anhaltspunkte dafür gewinnen, wie weit die Affinität zu sozialistischem Gedankengut unter den Deutschen verbreitet ist. In den alten Ländern stimmten 1994, 1998 und 2002 ein bis zwei Prozent allen drei betrachteten

Aussagen zu, rund 20 Prozent unterstützten zu allen drei Zeitpunkten mindestens zwei Statements. In den neuen Bundesländern fanden 1994 und 1998 mindestens zwei Aussagen bei gut der Hälfte der Befragten in Anklang, 2002 galt dies noch für rund 40 Prozent. Alle drei Aussagen wurden 1994 und 1998 von rund 16 Prozent der Befragten befürwortet, 2002 noch von gut zehn Prozent. Anders als im Falle rechtsextremistischen Gedankenguts sind hier also ganz eklatante Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland erkennbar. Zu einem erheblichen Teil dürften sie auf unterschiedliche Erfahrungen in der Vergangenheit zurückzuführen sein: Während die Westdeutschen in einer freiheitlichen Demokratie lebten, verbrachten Ostdeutsche vor 1989 ihr Leben in der real sozialistischen DDR mit entsprechender Propaganda. Die empirischen Befunde zeigen aber auch, dass die Zustimmung zu diesen Aussagen in den neuen Ländern, wenngleich auf relativ hohem Niveau, seit der Wiedervereinigung zurückgegangen ist. Es ist also durchaus angebracht, wachsam zu sein, doch sollte man die Verhältnisse nicht dramatisieren.

## **6. Fazit**

Anders als es die optimistische Aussagen Fukuyamas aus den frühen neunziger Jahren hätten suggerieren können, gehört politischer Extremismus auch heute noch zum politischen Alltag im vereinigten Deutschland. Die freiheitlich demokratische Grundordnung hat durchaus noch entschiedene Gegner, ja sogar Feinde. Extremistisch motivierte Gewalttaten sprechen ebenso dafür wie Wahlerfolge extremistischer Parteien und Ergebnisse von Meinungsumfragen zu extremistischen Orientierungen. Freilich hat der politische Extremismus linker und rechter Provenienz seit der Wiedervereinigung nicht rapide zugenommen, eher kann man von einem konstanten Niveau oder sogar rückläufigen Tendenzen sprechen. Es ist nicht geboten, in Alarmismus zu verfallen, doch wäre es auch verfehlt, Entwarnung signalisieren, zumal wir den islamischen Fundamentalismus mangels geeigneten Datenmaterials nicht eingehend diskutieren konnten.

Ebenso bemerkenswert wie bedenklich ist, wie sich die regionalen Schwerpunkte des Rechtsextremismus seit der Wiedervereinigung verlagert haben. In der Wendezeit schienen die Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen wenig anfällig für rechtsextremistisches Gedankengut. In der Zwischenzeit werden in den neuen Ländern anteilig erheblich mehr rechtsextremistische Gewalttaten verübt als in den alten. Rechtsextreme Parteien feiern in den neuen Ländern ungeahnte Wahlerfolge. In manchen Regionen scheint es ihnen sogar gelungen zu sein, in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. So kandidieren angesehene

Personen für rechtsextreme Parteien oder bekennen sich öffentlich dazu, für eine solche Partei zu votieren. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die Rechtsextremisten hier weiter vordringen können. Da die wenigstens in Teilen linksextreme Linkspartei/PDS ebenfalls in den neuen Bundesländern wesentlich erfolgreicher ist als in den alten und auch linksextremes Gedankengut hier deutlich weiter verbreitet ist, könnte man mittlerweile davon sprechen, dass politischer Extremismus eher ein ost- als ein westdeutsches Problem sei – dabei ist er freilich immer eine gesamtdeutsche Herausforderung geblieben.

Mit Blick auf den politischen Extremismus besteht somit kein Anlass zu Panikmache, wohl aber zur Wachsamkeit der Demokraten in Deutschland. Sie sind weiterhin aufgerufen, Zivilcourage zu zeigen und Extremisten entschieden entgegenzutreten. Auch sollte sich die wehrhafte Demokratie nicht scheuen, die ihr zu Gebote stehenden Instrumente zu nutzen. Dazu gehören geheimdienstliche Mittel ebenso wie das Verbot extremistischer Vereinigungen und Parteien, wie es etwa gegen die Vereinigungen „Blood & Honour Division Deutschland“ und „White Youth“ ausgesprochen wurde. Freilich sollte dabei professioneller vorgegangen werden, als dies im Jahr 2001 beim Versuch, die NPD zu verbieten, der Fall war. Denn solche Missgeschicke können den Extremisten auf zweifache Weise in die Hände spielen: Zum einen könnte das gescheiterte Verbotsverfahren den – unzutreffenden – Eindruck vermitteln, das Verfassungsgericht habe der NPD einen Persilschein ausgestellt. Zum anderen könnte das Versagen staatlicher Organe in der Bevölkerung Unbehagen am demokratischen Rechtsstaat nähren und sie für extremistische Ideologien anfälliger werden lassen. Auch Enttäuschung über die wirtschaftliche Lage, Empörung über politische Skandale oder Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen können dazu führen, dass Menschen mit der Zeit die freiheitliche Demokratie generell in Frage stellen oder sie sogar ganz ablehnen. Wirtschaftliche und Arbeitsmarktprobleme könnten sich daher langfristig als Hypothek für den demokratischen Verfassungsstaat erweisen. Die freiheitliche Demokratie in Deutschland wird auch künftig mit Feinden leben müssen – und können, solange diese nicht zu stark werden und die Demokraten wachsam bleiben.

### **Literatur**

Arzheimer, Kai (2005): Die Wahl extremistischer Parteien. In: Falter, Jürgen W. und Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 389-421.

Backes, Uwe und Eckhard Jesse (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe, Band 272. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bühler, Siegfried/Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried, 2005: Die Entwicklung extrem rechter politischer Einstellungen West- und Ostdeutscher von 1994 bis 2002, in: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattiger, Hans (Hrsg.), Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 315-337.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (1992): Verfassungsschutzbericht 1991. Bonn.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (1998): Verfassungsschutzbericht 1997. Bonn.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2005): Verfassungsschutzbericht 2004. Vorabfassung. [Online-Dokument. Heruntergeladen am 20. Oktober 2005. [http://www.bmi.bund.de/cIn\\_028/nn\\_121894/Internet/Content/Broschueren/2005/Verfassungsschutzbericht\\_2004\\_de.html](http://www.bmi.bund.de/cIn_028/nn_121894/Internet/Content/Broschueren/2005/Verfassungsschutzbericht_2004_de.html)]

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B42/2005, S. 8-17.

Falter, Jürgen W. (in Zusammenarbeit mit Markus Klein) (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: Beck.

Fukuyama, Francis, 1992: The End of History and the Last Man, New York: Free Press.

Jesse, Eckhard (2004): Formen des politischen Extremismus. In: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, S. 7-24.

Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heyder, Aribert (2003): Bessere Bildung, bessere Menschen? Genauerer Hinsehen hilft weiter. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 78-99.

Lang, Jürgen P. (2003): Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung. Baden-Baden: Nomos.

Schoen, Harald/Falter, Jürgen W., 2005: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51-52/2005, S. 33-40.

Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3., überarb. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.